

Niederschrift

über die 35. Tagung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Forsten und Abwasserangelegenheiten der Stadt Haldensleben am 27.03.2013, von 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung am 27.02.2013
4. Informationen zum Fördermittelantrag Grundwasser-Monitoring
5. Mitteilungen
6. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Mitteilungen
8. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Günter Dannenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 5 Ausschussmitglieder und die sachkundigen Einwohner Herr Kersting und Herr Braune anwesend. Herr Lubitz hatte sich entschuldigt. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; damit wird die Tagesordnung entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung am 27.02.2013

Zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Tagung vom 27.02. 2013 bestehen Einwände.

Stadtrat Klaus Czernitzki bezieht sich auf die o. g. Niederschrift TOP 6.1. und zitiert daraus: „Zusammenfassend, so Ausschussvorsitzender Günter Dannenberg, werden die unterschiedlichen Varianten dem Protokoll beigelegt, die Mitglieder des Ausschusses verschaffen sich vor Ort einen Eindruck und die Thematik werde als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung vorgesehen.“ Warum werde nicht, wie protokolliert, heute über die Bäume in der Magdeburger Straße diskutiert?

Bauamtsleiter Krupp-Aachen teilt mit, dass diese Thematik vor allen Dingen den Stadthof betreffe und somit in Verantwortung des Dezernenten liege. Als die Festlegung getroffen wurde, heute über diese Bäume zu befinden, hatte Herr Otto seinen geplanten Urlaub nicht berücksichtigt. Die Thematik werde in der nächsten Sitzung (17.04.2013) Tagesordnungspunkt.

zu TOP 4 Informationen zum Fördermittelantrag Grundwasser-Monitoring

Bauamtsleiter Krupp-Aachen erinnert, dass sich der Ausschuss schon mehrfach mit der Grundwasserproblematik befasst habe. Festgestellt wurde, dass Haldensleben nicht so dramatisch wie viele andere Städte des Landes, mit einer Vernässung zu kämpfen habe. Vor ca. 1 ½ Jahren seien massive Beschwerden aus dem Bereich Rottmeisterstraße, Schulstraße an die Verwaltung herangetragen worden. Es wurde Herr Professor Reinstorf als „Experte“ mit hinzugezogen. Herr Heider hat eine Diplomarbeit zur Grundwasserproblematik erarbeitet und diese im Ausschuss vorgestellt. Ergebnis sei gewesen, dass, bevor vertiefende und fundierte Maßnahmen vorbereitet werden können, ein ausgedehntes Messnetz benötigt werde, um die Grundwasserstände über einen längeren Zeitraum beobachten zu können. Bekannt sei, dass die Herstellung von Messstellen mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Um 17.06 Uhr kommt Stadtrat Hartmut Neumann dazu; somit sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.

Das angekündigte Fördermittelprogramm sei inzwischen auferlegt worden und die Verwaltung habe bereits einen Fördermittelantrag gestellt. Gerade heute findet im Ministerium eine Veranstaltung statt, bei der die ersten intensiven Ausführungen zu diesem Förderprogramm gegeben werden. Was Gegenstand des Fördermittelantrages ist, wolle er heute dem Ausschuss erläutern.

Um 17.09 Uhr kommt Stadtrat Bodo Zeymer hinzu; somit sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung gemäß Runderlass des MLU vom 20.01.2012**1. Fakten**

- **Fördermittelgeber:** Land Sachsen-Anhalt, Landesanstalt für Altlastenfreistellung
- **Förderrichtlinie:** Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen Vernässungen oder Erosion
- **Fördergegenstand :** Konzept zur Vermeidung von Vernässungsereignissen im Stadtgebiet von Haldensleben und den Ortsteilen Uthmöden, Satuelle, Wedringen und Hundisburg
- **Projektdauer:** 2013 - 2015 + weiterführende Langzeitbeobachtungen
- **Kostenschätzung:** ca. 200.000,00€
- **Eigenmittel:** ca. 42.000,00€
- **Projekthalte:**
 1. Grundlagenermittlung (Bestandsanalyse)
 2. Erweiterung des Grundwassermessnetzes um ca. 35 Grundwasserpegel
 3. Erfassung der Daten von Regenereignissen
 4. Konzept mit Lösungen zur Vermeidung von Vernässungsereignissen
vernässte Flächen Stadt Haldensleben: am Benitz, im Bereich der Werderstraße, Süplinger Straße, Neues Land, Gerikestraße, P.-W.-Behrend-Straße und vor allen Dingen der Bereich um das Gebiet Rottmeisterstraße. Darüber hinaus gibt es noch eine Meldung aus Wedringen, dass hier Vernässungen aufgetreten sind, aber das scheint eine lokale Vernässung zu sein. Ob das auf eine Grundwasserveränderung zurückzuführen ist, das muss man im Weiteren sehen, wenn man an mehreren Stellen in Wedringen den Grundwasserspiegel beobachtet.

2. Bestandsanalyse**Für die vorgesehenen Datenerhebungen sind folgende Leistungen zu erbringen:**

- Brunnenstandorte anhand geologischer und hydrogeologischer Daten definieren
- Einholung von Genehmigungen, Zustimmungen für die Brunnenerrichtung
- Ausschreibung, Vergabe der gewerblichen Leistungen der Errichtung der Messstellen
- Messstellenerrichtung
- Überwachung der Ausführung, Abrechnung der Messstellenerrichtung
- Dokumentation, Vermessung, Kalibrierung der Messstellen
- Einrichtung Messsoftware und Datenfernübertragung
- Wartung, Überwachung der Messungen
- Datenerfassung, -auswertung in Tabellen
- GSM-Übertragung 3 Jahre (Kosten der Mobilfunkübertragung)
- örtliche Prüfung von Vernässungen, Feststellung von Abflussverhältnissen in Gräben
- statistische Auswertung der Messungen
- Zwischenbericht zu den bisher gesammelten Datensätzen, Herausarbeitung von Schwerpunkten und Darstellung von Ursachen und Wirkung, Erarbeitung erster konzeptioneller Lösungsansätze

Zu dem Messnetz sei zu sagen, dass bereits Grundwassermessstellen vorhanden sind. Die Wasserstraßenbauverwaltung hat im Zusammenhang mit dem Kanalausbau entlang des Mittellandkanals Messstellen eingebaut und untersucht diese auch schon über einen langen Zeitraum. Die Verwaltung werde über die Ergebnisse regelmäßig informiert. Zudem gibt es bereits vorhandene Messstellen, die der Stadt Haldensleben bzw. dem Abwasserverband gehören. Herr Heider hatte weitere Messstellenstandorte vorgeschlagen, die jetzt im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Fördermittelantrages definiert wurden. Die 35 neuen Messstellen werden auf das Stadtgebiet und die Ortsteile Wedringen, Satuelle und Uthmöden verteilt. Es werde weiterhin ein Regenschreiber installiert, um zu sehen, inwieweit die Regenereignisse eine Auswirkung auf die Grundwasserentwicklung haben. Es wird eine Messstelle an zentraler Stelle eingerichtet, um den Zusammenhang zwischen Regenereignissen und Grundwasseränderungen zu beurteilen.

3. Konzept zur Vermeidung von Vernässungsereignissen im Stadtgebiet von Haldensleben und den Ortsteilen Uthmöden, Satuelle, Wedringen und Hundisburg

In der Projektphase Konzepterstellung sind folgende Leistungen vorgesehen:

- Auswertung aller Datensätze, statistische Auswertung, Darstellung von Zusammenhängen (Regenereignisse -> Grundwasseranstieg etc.)
- Definition des Absenckzieles
- Plausibilitätsprüfung, Bereinigung von Messfehlern etc.
- Erstellung von Bestands- und Konzeptplänen
- Darstellung der Grundwassermessungen (z.B. Grundwasserisohypsen)
- Erarbeitung von Lösungsvarianten, Darstellung im Plan
- Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Alternativen
- Abschlußbericht, Dokumentation des Konzeptes

Kosten für die einzelnen Bearbeitungspunkte

8.000 €	für die Bestandserfassung
129.750 €	für die Datenerhebung, GW-Messstellen, dazu gehört auch die Brunnenerrichtung und
<u>32.000 €</u>	für die Konzepterstellung
169.750 € in Summe + 19 % USt. = 202.000 €	(Grundlage des Fördermittelantrages)

Da die Stadt Haldensleben sehr früh den Fördermittelantrag gestellt hat, hoffe die Verwaltung, auch frühzeitig eine Bewilligung zu bekommen.

Wenn die Maßnahmen, für die Fördermittel beantragt wurden, nach 3 Jahren abgeschlossen sind, sei das Problem der Vernässung in Haldensleben noch nicht gelöst, zieht **Stadtrat Klaus Czernitzki** Resümee. Alle weiteren Maßnahmen, die letztendlich dazu führen würden, die Vernässung der Grundstücke zu verbessern, würden darüber hinaus Kosten verursachen. Es stellt sich die Frage, inwieweit ist die Stadt verpflichtet, diese Maßnahmen durchzuführen?

Bauamtsleiter Krupp-Aachen macht deutlich, dass es keinen Anspruch auf Absenkung des Grundwasserspiegels gibt, dennoch habe sich die Verwaltung und der Ausschuss mit dieser Problematik beschäftigt, weil zahlreiche Grundstücke betroffen sind. Wenn festgestellt werde, dass das Grundwasserproblem schlimmer wird und immer mehr Grundstücke davon betroffen sind, müsste sich die Stadt darüber Gedanken machen, wie man der Problematik begegnen wolle. Ein Lösungsansatz könnte z.B. sein, zusätzliche Gräben zu bauen. Einen Graben zu errichten, verursacht jedoch ähnliche Kosten wie ein Straßen- oder Kanalausbau. Wenn in einem bestimmten Gebiet der Grundwasserspiegel abgesenkt werden soll, könnte für dieses Gebiet eine Satzung erarbeitet werden; es müsste definiert werden, wer profitiert davon oder wer ist gegenwärtig durch den Grundwasserspiegel geschädigt. Es werde sich im Rahmen dieser Satzung dann die Frage stellen, wer finanziert die Baumaßnahme und in welchem Verhältnis. Bisher gibt es keine derartige Satzung, auch in anderen Städten nicht, aber es sei denkbar, dass man hierfür ähnlich wie eine Straßenausbaubeitrags- oder eine Erschließungsbeitragssatzungsrecht für die Errichtung solcher Anlagen schafft. Aber soweit sei die Stadt noch nicht. Gegenwärtig werde geprüft, wie groß das Problem tatsächlich ist und vor allen Dingen, ob es schlimmer wird. Vielleicht sei es zum Teil nur ein lokales Problem, so dass sich ohne größere Aufwendungen eine Verbesserung herbeiführen lasse, wie durch Anschluss von Drainagen an das Entwässerungssystem. Ob das Ziel führend wäre, müsse man abwarten. Vielleicht müsse auch gar nichts unternommen werden, weil der Grundwasserspiegel nicht weiter ansteigt. Es zeichnet sich tendenziell ab, dass sich viele private Eigentümer wieder an das öffentliche Regenwassernetz anschließen lassen, weil sie feststellen, dass das viele Wasser auf ihrem Grundstück nicht versickert. Möglicherweise verbessert sich dadurch bereits die Situation, aber Konkretes lasse sich erst sagen, wenn über einen längeren Zeitraum die Daten der Messstellen ausgewertet werden.

Nach Meinung von Stadtrat Bodo Zeymer sei es erst einmal sinnvoll, etwas gegen die Vernässungen zu unternehmen und sich die Maßnahmen fördern zu lassen. Er werde aber nicht 3 Jahre abwarten, um seinen feuchten Keller trockenlegen zu können, sondern er wird bzw. müsse jetzt handeln. Ist es nicht vorstellbar, dass die Stadt Privatleuten, die sich um die Trockenlegung von Häusern und Kellern Gedanken machen, schon eher eine Unterstützung gewährt. Er habe sich ein Ing.-Büro bestellt, das im Juni komme. Das Ing.-Büro sucht noch Interessenten in Haldensleben, was er noch Publik machen werde. So wie er Bauamtsleiter Krupp-Aachen verstanden habe, sei es geplant, die Betroffenen per Satzung z. B. an der Herstellung eines Grabens zu beteiligen. Sein Vorschlag wäre, dass Bürger, die jetzt Maßnahmen zur Trockenlegung ihrer Grundstücke ergreifen, einen Zuschuss erhalten.

Es gehe nicht darum, private Grundstückseigentümer zu fördern, um ihre Grundstücke trocken legen zu können, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen. Seine Ausführungen zielten darauf ab, wie könnte man ein Grabensystem finanzieren. Bei der Beitragserhebung sei man immer von dem Gedanken getragen, die Nutznießer an den Kosten zu beteiligen. Wenn eine Erschließungsanlage für Straßen errichtet werde, müssen die Anlieger 90 % von den Kosten übernehmen und 10 % übernimmt die Allgemeinheit (die Kommune), weil die Straßenanlage nicht ausschließlich von den Anliegern genutzt wird, sondern auch durch Dritte. Ob das bei einer Grundwasserproblematik in einem ähnlichen Verhältnis zu sehen ist, sei fraglich. Das könne die Verwaltung derzeit noch nicht einschätzen. Was den Vorschlag von Stadtrat Zeymer betreffe, einzelne Grundstückseigentümer zu fördern, sei zu sagen, dass man den Grund für die Vernässung nicht kenne. Es könnte sein, dass Baumängel dafür die Ursache sind und warum soll die Allgemeinheit für die Baumängel aufkommen? Insofern sei abzuwarten, bis festgestellt wurde, in welchen Bereichen Grundwasserprobleme bestehen, wo müssen Maßnahmen eingeleitet werden.

Auf die Anregung von Stadtrat Bodo Zeymer, evtl. das Ing.-Büro in den Ausschuss einzuladen, entgegnet Ausschussvorsitzender Günter Dannenberg, dass es sinnvoller sei, eine Bürgerversammlung mit den Betroffenen durchzuführen und dazu das Ing.-Büro einzuladen.

Sollte die Verwaltung Regenwasserdaten benötigen, könne sie sich an Stadtrat Bodo Zeymer wenden. Diese liegen seit 30 Jahren vor.

Da es keine weiteren Fragen gibt, beendet Ausschussvorsitzender Günter Dannenberg den TOP 4.

zu TOP 5 Mitteilungen

- 5.1. Bauamtsleiter Krupp-Aachen kommt auf den gefälltten Baum an der Kita Regenbogen zu sprechen. Die Frage war, ob an diesem Standort eine Ersatzpflanzung sinnvoll sei. Herr Gaudlitz habe zwei Baumarten ausgewählt, die als Ersatzpflanzung an dem Standort in Frage kommen würden. Entweder der Spitzahorn (*Acer platanoides*) oder der Blütenbaum (*Blauglockenbaum Paulownia tomentosa*).

Stadtrat Hartmut Neumann wisse, dass der Blütenbaum Paulownia ein sehr Wärme liebendes Gehölz sei. Er habe einen solchen Baum seit 10 Jahren stehen; dieser hat noch nicht einmal geblüht. Er würde den Spitzahorn favorisieren.

Die Mitglieder des Ausschusses ULFA empfehlen, als Ersatzpflanzung den Spitzahorn zu wählen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

- 5.2. Zu der zugewachsenen Straßenlampe, die Stadtrat Eberhard Resch angesprochen hatte, teilt Bauamtsleiter Krupp-Aachen mit, dass der Stadthof tätig war.

Stadtrat Eberhard Resch spricht sich lobend aus, es sei dort in dem Bereich jetzt richtig hell. Nur die Lampe in der Kiefholzstraße, Ausfahrt Endstation Bus sei immer noch defekt. Diese Lampe leuchtet mal und mal nicht.

- 5.3. Stadtrat Bodo Zeymer habe erfahren, dass die Gemeinde Süplingen eine Eingemeindung nach Haldensleben anstrebt und der Gemeinde Süplingen bereits ein Vertrag diesbezüglich vorliegt.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen könne dazu keine Aussage treffen. Es werde im nächsten Ausschuss berichtet.

- 5.4. Stadtrat Hartmut Neumann bittet um wörtliche Protokollierung seiner jetzigen Ausführungen. „Die Ausschussmitglieder haben die Zuarbeit von Herrn Gaudlitz bezüglich der Bäume Magdeburger Straße erhalten, in der es heißt: „Als Straßenbaum für die Magdeburger Straße würde sich in Anlehnung an den Abschnitt zwischen Gerikestraße und Althaldensleber Straße für Linde entschieden. Insbesondere im Abschnitt von H-Nr. 70 - 76 (5 Linden) zeigen sich schon nach wenigen Standjahren ernste Probleme, Linde im Allgemeinen und speziell die verwendete Sorte werden zu groß, um sich in so geringer Entfernung zu Gebäuden entwickeln zu können. Tielia x intermedia erreicht Kronenhöhen von ca. 30 m und Kronenbreiten von ca. 15 m bis 20 m. Die Äste berühren bereits die Fassade. Wer das heute nicht mit hat, kann das gern nachher angucken. Also das geht ratz batz bei der Tielia x intermedia, dass die praktisch an die Gebäude heran stoßen und da ist natürlich Neumann hellwach geworden, weil der hat auch eine Linde vorm Haus gepflanzt gekriegt von der Stadt und das soll vor 100 Jahren einmal so ausgesehen haben (er zeigt ein Bild) Und natürlich habe ich gleich gesagt, dieser Baum ist falsch gepflanzt, weil er in sehr wenigen Jahren geschnitten werden muss, sonst kommt da keiner mehr mit Technik durch usw. und sofort und deshalb möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass der Baum dort falsch steht und so jung wie er im Moment ist, könnte er noch umgepflanzt werden. Später kann er nur umgesägt werden. Das möchte ich hier noch einmal zu bedenken geben, schönen Dank.“

Stadtrat Bodo Zeymer interessiert, wer die Planung für die Magdeburger Straße erarbeitet habe und wer dort solche großen Linden pflanzen wollte.

Die Planung habe das Büro Braunsberger erarbeitet. Die Baumarten sind im Bauausschuss vorgestellt worden und alle haben sich für die Linden ausgesprochen, antwortet Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

Da lt. Protokoll die Bäume der Magdeburger Straße heute Thema des Ausschusses sein sollten und er auch Anwohner sei, habe sich Stadtrat Klaus Czernitzki auf das Thema vorbereitet. Er möchte einige Bilder zeigen, wie sich die Situation derzeit darstellt, um sich bis zur nächsten Sitzung Gedanken darüber machen zu können. Seines Erachtens bestehe im Moment noch keine Gefahr für die Fassaden und von daher sei es eigentlich auch der Bevölkerung gegenüber nicht zu vermitteln, dass man diese Bäume entfernen wolle. Für ihn komme lediglich ein Baumschnitt in Frage. Die Linden vor dem Haus Nr. 80 seien ohnehin nicht diskutabel, weil dort Vorgärten vorhanden sind. Wenn die Bäume wirklich so groß werden, dann sei die Frage, was man mit solchen Bäumen z.B. macht, die unmittelbar an der Straßenbeleuchtung stehen. Dann sei auch die Frage berechtigt, wer die Magdeburger Straße projektiert hat und wer jetzt eine Änderung bezahlen würde? Entschließt man sich dazu, einzelne Bäume aus irgendwelchen Gründen an der Stelle wegzunehmen, dann müsste man alle Bäume wegnehmen, weil es grundsätzlich falsch war, die Bäume dort zu pflanzen. Sicherlich hat der Stadtrat dazu einen Beschluss gefasst bzw. haben sich der Bau- und der Umweltausschuss damit befasst, aber wenn man gesagt hätte, dass die Bäume eine Krone von 20 m ausbilden, hätte seines Erachtens kein Stadtrat zugestimmt. Er glaube allerdings, dass diese Bäume nicht so groß werden. Aufgrund der Bedingungen, wo sie wachsen, werden sie nie die maximale Größe erreichen.

Stadtrat Hartmut Neumann merkt an, dass Herr Gaudlitz in seiner Aufstellung Bäume vorgeschlagen hat, die kleinkronig bleiben. Würden die vorhandenen Linden stehen bleiben, müssten daran immer Schnittmaßnahmen vorgenommen werden. In der nächsten Sitzung sollte sich dazu verständigt werden.

Die alternativ vorgeschlagenen Baumarten haben auch Nachteile. Vom Prinzip her, dürfte man dann in dem Bereich der Magdeburger Straße überhaupt keine Bäume pflanzen, meint Stadtrat Klaus Czernitzki abschließend.

- 5.5. Stadtrat Eberhard Resch erkundigt sich nach dem Stand des Bodenordnungsverfahrens Lüneburger Heerstraße, denn die Verantwortlichkeiten sollten endgültig geklärt werden.

Der Umlegungsplan ist fertig und ist von allen Beteiligten auch akzeptiert worden. Am 23.04. tagt der Umlegungsausschuss und sollte der Umlegungsplan beschlossen werden, werde er in Kürze in Kraft treten, antwortet Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

- 5.6. Stadtrat Eberhard Resch teilt mit, dass nicht nur in der Bülstringer Straße die Rosen hinüber sind, sondern auch im Weidengrund. Seines Erachtens sei im Weidengrund dafür nicht das Streusalz die Ur-

sache, sondern weil man dort ein neues Haus gebaut hat. Hier sollten Nachpflanzungen erfolgen. Weiterhin seien durch die Witterung die Risse in der Straße Eschenbreite beträchtlich. Auch der Belang im Bereich der Kurve hin zur Kieffholzstraße sei schadhaf.

- 5.7. Herr Braune befürchte, dass sich der EichenprozeSSIONSSpinner wieder ausbreiten werde. Es wurden zwar in Satuelle die Bäume am Kindergarten wirkungsvoll bekämpft, aber einzelne stehende Bäume wurden nicht behandelt. Deshalb sollte rechtzeitig überlegt werden, welche Maßnahmen man in Punkto Bekämpfung ergreifen möchte.

Soweit Bauamtsleiter Krupp-Aachen informiert sei, werde darüber diskutiert, wie man mit dem EichenprozeSSIONSSpinner umgehen wolle. Die Positionierung vom Land sei leider nicht positiv. Dezerent Otto könne in der nächsten Sitzung berichten, was seitens der Verwaltung vorbereitet werde.

Herr Braune hätte Verbindungen zu einer Firma, die den EichenprozeSSIONSSpinne vom Boden aus bekämpft. Aufgrund des langen Anfahrtsweges müsste die Bekämpfung in einem größeren Rahmen erfolgen, nur nicht für einzelne Bäume.

- 5.8. Stadtrat Hartmut Neumann bittet erneut um wörtliche Protokollierung seiner Ausführungen. „Also vor Kurzem war in der Volksstimme am 23. März ein Artikel, da steht drüber - Rauchverbot für manche Osterfeuer -. Und als ich das mir zu Gemüte geführt habe, habe ich wirklich so einen dicken Hals gekriegt. Meiner Ansicht nach ist dieser Artikel vom 27.03.13 ein Skandal. Es geht da um die Osterfeuer auch im Landschaftspark und ich will es kurz machen, wir haben ja über das Thema schon viel gesprochen. Da steht drin „nach dem Theater vor 2 Jahren“. Sie wissen vielleicht das Theater war ein Großfeuer im Landschaftspark, weil das Osterfeuer missbraucht wurde als Müllhalde und Beseitigung von sonst was für Bruchholz und alles so etwas. Das wird hier jetzt durch Dr. Blanke als Theater bezeichnet, dass sich die Leute beschwert haben, dass dort 6 Obstbäume und 30 m Hecke versenkt und teilweise zerstört wurden. Und das kann man so ja wohl nicht stehen lassen. Damals war trotz Waldbrandstufe 3 ein Osterfeuer entzündet worden, alle anderen durften nicht, allen anderen war es verboten, das wollen wir hier noch mal festhalten, aber im Park kann jeder machen was er will und sie haben das auch gemacht. Gegen Blanke wurden daraufhin mehrere Anzeigen erstattet, die jedoch, das ist der größte Hohn, jeglicher Grundlage entbehrt wurden. Da kam also eine Kommission, die Polizei und mit allem drum und dran. Am nächsten Tag wurde dann in der Volksstimme wieder berichtet, ist alles o.k., es gab keine Beanstandungen. Das Feuer brannte aber dann noch tagelang, da habe ich auch Bilder hier, auch wie die Bäume aussahen hinterher. Das brannte wirklich die ganze Osterwoche, ungefähr knapp 10 Tage. Obwohl ich das im Vorhinein in 3 Sitzungen des Stadtrates ausführlich dargelegt habe, dass das nicht laufen kann, das geht gar nicht, was da an sogenannte Osterfeuer produziert wird. Das kann überhaupt nicht wahr sein, das gibt eine Katastrophe, wird hier alles abgestritten in den Protokollen. Aber sie wissen ja, wie es gekommen ist. Es ist ganz genau so gekommen und dann zu schreiben Gott sei Dank haben wir jetzt keine Osterfeuer mehr und haben dieses Theater nicht mehr. Das ist schon ein Hohn, ja, das ist schon ein hartes Leben. Die Presse ist gerade da, die hat das damals Gott sei Dank richtig untersucht. Die schreiben schon die richtigen Sachen.“

zu TOP 6 Anfragen und Anregungen

Der **TOP 6** entfällt.

Günter Dannenberg
Ausschussvorsitzender

Protokollführer